



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 14. Februar 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1171
Fax (0431) 5300 4 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*27. Sitzung des **Sozialausschusses***

*am Donnerstag, dem 13. Februar 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen **Bericht der Landesregierung zum Thema Situation der Geburtshäuser in Kiel und Lübeck sowie der Hebammenpraxis in Bargteheide** entgegen, an den sich eine Aussprache anschloss.

Abschließend zur Kenntnis nahm der Ausschuss folgende Berichte der Landesregierung:

- **Diabetes in Schleswig-Holstein**
Bericht zum Stand der Diabeteserkrankungen in Schleswig-Holstein sowie zu den präventiven und nachhaltigen Maßnahmen zur Krankheitseindämmung
Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/694](#)
- **Umsetzung und Zwischenbilanz des Bildungs- und Teilhabepakets im Zweiten Sozialgesetzbuch**
Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/698](#)
- **Bericht der Landesregierung - Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2014**
Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/1431](#)

Zum Thema **Diabetes in Schleswig-Holstein** empfahl der Ausschuss dem Landtag, den aus [Umdruck 18/297](#) (neu) - 2. Fassung - ersichtlichen Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

Außerdem nahm er einen Bericht zum Thema **Weiterentwicklung des Assistenzhundewesens** entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss.

Bezüglich des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP zur **Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes**, [Drucksache 18/1467](#), schloss sich der Ausschuss dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an.

Gemäß der Empfehlung des Innen- und Rechtsausschusses wird sich der Sozialausschuss mit dem Gesetzentwurf der FDP zur **Änderung des Landesbeamtengesetzes**,

[Drucksache 18/1247](#), im Wege des Selbstbefassungsrechtes beschäftigen und bittet den federführenden Innen- und Rechtsausschuss, ihn in seine Beratungen einzubeziehen.

Der Ausschuss beriet sodann den Antrag der Fraktion der FDP, **Schaffung bezahlbaren Wohnraums ermöglichen**, [Drucksache 18/599](#), und empfahl dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die FDP bei Enthaltung der CDU, den Antrag [Drucksache 18/599](#) - nach Ablehnung des Änderungsantrags [Umdruck 18/287](#) - abzulehnen. Ferner empfahl er dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag den **Bericht der Landesregierung zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Wohnraum in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/563](#), zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Folgende Punkte setzte der Ausschuss von seiner Tagesordnung ab:

- **Anonyme Spurensicherung ermöglichen**

Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN, [Drucksache 18/605](#) (neu)

Sicherung von Tatspuren bei sexueller Gewalt

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/664](#) - selbstständig -

Änderungsantrag der FDP, [Umdruck 18/2246](#)

- a) **Bezahlbaren Wohnraum durch Zweckentfremdungsverbot sichern**

Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/899](#)

b) **Mietanstieg bremsen, bezahlbaren Wohnraum sichern**

Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1049](#).

Schluss: 15:40 Uhr

gez. Petra Tschanter